

Zukunft des Semestertickets

Antragsteller*innen:

Lukas Drescher, Mia Hennig, Nick Jürgensen und Greta Langschwager für den
Hochschulausschuss

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, der Beschlussempfehlung des
Hochschulausschusses des Studierendenparlaments zur Zukunft des Semestertickets zu
folgen.

Antragsbegründung:

Siehe Beschlussempfehlung.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses des Studierendenparlaments zur Zukunft des Semestertickets

Der Hochschulausschuss stellt fest, dass die voraussichtlichen Kosten für das Semesterticket im Wintersemester 2025/26 bei einer Rückkehr zum landesweiten Semesterticket deutlich über denen des Deutschland-Semestertickets (DE-SeTi) liegen. Der Hochschulausschuss empfiehlt dem Studierendenparlament (StuPa) daher dringend, einer Rückkehr zum landesweiten Semesterticket nicht zuzustimmen.

Der Hochschulausschuss stellt weiterhin fest, dass das gesamte Jahr über immer mindestens ein Viertel der Studierenden (Stand 2022) immer den ÖPNV nutzen, um zum Campus zu gelangen. Studierende, die weiterhin auf das Deutschlandticket angewiesen sind, müssten dieses zusätzlich zum Semesterbeitrag für 348€ erwerben. Auch darüber hinaus stärkt ein Semesterticket die Mobilität der Studierenden. Außerdem stellt der Hochschulausschuss fest, dass das Semesterticket begrüßenswerte Anreize zur Nutzung des ÖPNV schafft. Folglich empfiehlt der Hochschulausschuss dem StuPa, einer ersatzlosen Kündigung des Semestertickets nicht zuzustimmen.

Der Hochschulausschuss stellt fest, dass sich durch einen Wechsel vom DE-SeTi zum lokalen Semesterticket (offiziell: Semesterticket Kiel; nur Tarifzonen 4000 Kiel und 3130 Kiel-Schilksee) im Wintersemester 2025/26 voraussichtlich lediglich knapp unter neun Prozent der Kosten einsparen lassen. Der Hochschulausschuss erinnert zudem daran, dass sich 2019 eine Mehrheit der Studierenden in einer Studierendenbefragung für die Einführung eines landesweiten Semestertickets gegenüber dem lokalen Semesterticket ausgesprochen hat und dass der Geltungsbereich des DE-SeTi den Geltungsbereich des landesweiten Semestertickets einschließt. Zuletzt betont der Hochschulausschuss, dass eine Upgrade-Option vom regulären Semesterticket zum Deutschlandticket ausgeschlossen ist. Somit müssten alle Studierenden, die auf den ÖPNV außerhalb des Geltungsbereichs des lokalen Semestertickets angewiesen sind, separate Fahrkarten zum regulären Kaufpreis erwerben. Angesichts des geringen Einsparpotentials, des deutlich vergrößerten Geltungsbereichs, des Mangels einer Upgrade-Option und vergangener Abstimmungsergebnisse empfiehlt der Hochschulausschuss dem StuPa, einem Wechsel zum lokalen Semesterticket nicht zuzustimmen.

Der Hochschulausschuss nimmt den Vorschlag der LISTE-Hochschulgruppe zur Kenntnis, analog zum 9-Euro-Fonds (<https://9eurofonds.de/>) einen Fonds einzurichten, mit dem erhöhte Beförderungsentgelte im Bereich des regionalen Semestertickets erstattet werden. Diese Option könnte als Ersatz des lokalen

Semestertickets fungieren. Der Hochschulausschuss stellt fest, dass dies rechtlich wie realistisch nicht umsetzbar ist.

Insgesamt empfiehlt der Hochschulausschuss dem StuPa, eine Kündigung des Deutschland-Semestertickets abzulehnen und das Deutschland-Semesterticket weiterzuführen.